

Zahlenspiele bei den Überstunden

Im Durchschnitt muss ein Polizist weniger Überstunden machen als noch vor wenigen Jahren. Das stimmt jedoch nicht überall.

BREGENZ Auch wenn die Personaloffensive der Polizei in den vergangenen Jahren für mehr Polizeischüler sorgte, sind in einer IFG-Antwort des Innenministeriums an die VN die personellen Engpässe in der Arbeitsbelastung der Polizei noch gut sichtbar.

Gespräche über Personal sind im öffentlichen Dienst komplex: Einerseits gibt es den angestrebten Soll-Stand, die sogenannten Planstellen. Die tatsächlich einer Dienststelle zugeteilten Personen stellen das Stammpersonal, hier werden auch karenzierte Personen mitgezählt. Die tatsächliche Personalstärke einer Dienststelle lässt sich in Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ) messen, dem behördlichen Begriff für Vollzeitäquivalente. So kann eine Dienststelle sieben Planstellen haben, aber nur ein Stammpersonal von fünf Personen. Arbeitet von diesen fünf Personen eine nur 75 Prozent und eine andere ist karenziert, wären es 3,75 VBÄ.

Kein klares Muster

Und in diesem Bereich schrumpfte die Polizei zwischen Januar 2022 und Dezember 2025 leicht: Im Exekutivdienst ging die Zahl des Stammpersonals um 31 Personen zurück, bei den VBÄ um 18 Vollzeitstellen – bei immerhin 796,2 VBÄ im Dezember 2025 und einem Zuwachs von 50 Polizeischülern im selben Zeitraum. Dennoch gelang es der Polizei, trotz weniger Vollzeitkräften mit weniger Überstunden auszukommen: 2023 waren elf PI mit mehr als 200 jährlichen Überstunden pro Kopf zu verzeichnen, 2025 nur mehr drei. Doch blieb die Zahl der PI mit über 150 Überstunden pro Kopf relativ stabil bei 18 PI, 2023 waren es 20.

Manche Inspektionen bauten auffallend gut Überstunden ab. So mussten die Beamten in Lochau, Höchst oder Klösterle 2025 klar weniger Überstunden leisten. Andere, etwa Egg, Nenzing oder Wolfurt, bauten hingegen auf. Rein mit der Personalsituation lässt sich dies



Kaum zwei Polizeiinspektionen sind gleich, das Bild ist jedoch vielerorts ähnlich.

VN/RAUCH, ARCHIVBILD

nicht erklären: Lochau hatte Ende 2025 zwei VBÄ weniger als Anfang 2023, Nenzing 2,5 VBÄ weniger. Dennoch wurden in Lochau 2025 gut 150 Überstunden weniger pro Kopf geleistet als 2023. In Nenzing waren es 16 Stunden mehr.

Teilzeitarbeit

Einen Grund dafür sieht die Landespolizeidirektion Vorarlberg (LPD) in der Teilzeitarbeit einzelner Exekutivorgane. Denn Teilzeitkräf-

teilkraft mit 50 Prozent gibt – oder sechs Vollzeitkräfte und zwei Teilzeitkräfte mit 75 Prozent. 2025 waren 31,5 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen inklusive der öffentlich Bediensteten in Österreich in Teilzeit. Zieht man rein den Bundesdienst heran, waren es 18,3 Prozent. Bei der Polizei sind es laut Medienberichten vom Vorjahr weniger als sechs Prozent der Exekutivbediensteten.

Andere Ursachen dürften daher eine stärkere Erklärungskraft haben. Die Polizei verweist auf die Einsatzbelastung, saisonale Umstände, Veranstaltungen wie etwa Fußballspiele, unerwartete Spontanereignisse, aber auch Sonderverwendungen des Personals etwa bei den Schnellen Reaktionskräften, Krankenstände, Karenzen, Mutterschutz und die natürliche Fluktuation durch Kündigungen und Pensionierungen. Der Teufel sitzt wie immer im Detail.

MATTHIAS RAUCH
matthias.rauch@vn.at
05572 501-713



EINFACH MEHR ERFAHREN
<https://VOL.AT/supzte>

VORARLBERG. TRANSPARENT.

te leisten in der Regel keine Mehrarbeit in Form von Journaldiensten oder Überstunden, werden jedoch bei einer Pro-Kopf-Berechnung mitberücksichtigt. „Unterschiedliche Teilzeitanteile zwischen den Dienststellen dürften daher einen Teil der von Ihnen beobachteten Schwankungen erklären“, vermutet die LPD.

Die Angabe der VBÄ pro Dienststelle gibt aber wenig Einblick, wie viele in Teilzeit arbeiten. So kann eine VBÄ von 7,5 bedeuten, dass es sieben Vollzeit- und eine

Kommentar
Johannes Huber

Rückschritt

Unglücklich ist ein Hilfsausdruck dafür: Die gegenwärtige Hitzewelle sorgt für schier unerträgliche Verhältnisse. Sei es in Pflegeheimen, Spitälern, Schulen oder auf Baustellen. Es ist unbestritten, dass das alles nicht mehr „normal“ oder „natürlich“

„Klima- und Naturschutz gilt heute als Ärgernis. Vor allem in Zeiten vieler anderer Krisen. Also weg damit.“

ist, wie man so sagt, sondern dass es einen zivilisatorischen Beitrag in Form des menschengemachten Klimawandels gibt. Und was tun Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Gantner (beide ÖVP)? Sie präsentieren mitten in dieser Welle Pläne für eine Lockerung der Naturschutzbestimmungen. Das kann man nicht erfinden.

Schon klar, es geht hier um ein Problem, das auch nicht vernachlässigt werden darf: Bürokratie. Sie belastet Unternehmen insgesamt zu stark. Jeder Aufwand muss daher hinterfragt werden (dürfen). Auch wenn er mit Naturschutz begründet wird: Das muss ihn nicht vertretbar machen. Im Gegenteil, stellt sich heraus, dass das unsinnig ist, gehört er weg. Klar ist außerdem, dass sich der Klimawandel nicht mehr rückgängig machen lässt. Sondern dass es nur noch möglich ist, ihn längerfristig einzudämmen, wobei der Beitrag, den man im kleinen Vorarlberg leisten kann, verschwindend ist. Wobei: Geht es um Klimawandelfolgen, schaut die Sache schon wieder anders aus. Doch dazu später.

Befremdlich ist, mit welcher Wortwahl der Landeshauptmann und der Landesrat die geplanten Änderungen präsentiert haben. Gantner sprach etwa von „weniger Ideologie, mehr Hausverstand“. Das sind politische Kampfbegriffe. Schon im schwarz-grünen Streit um eine EU-Renaturierungsverordnung auf Bundesebene sind sie vor

zwei Jahren insbesondere auch von ÖVP-Vertretern eingesetzt worden.

Dabei kann man sich fragen, was hier ideologisch sein soll: Eine Ideologie ist eine Weltanschauung, die vorgibt, für alle gesellschaftlichen Probleme die richtige Lösung zu haben. Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus und der Kommunismus können dazu gezählt werden. Klima- oder Naturschutz an sich jedoch nicht. Wenn es im politischen Alltag trotzdem getan wird, ist das in der Regel abwertend gemeint; diskreditierend. Wie umgekehrt „Hausverstand“ gerne als Vorwand verwendet wird, tun und lassen zu können, was einem gefällt.

Insofern steht das Ganze für einen Wendepunkt: Ab den 1980er Jahren etwa hat man sich gerade in der Volkspartei bemüht, eine progressive Mitte zu sein. Hat Konzepte wie die „Ökosoziale Marktwirtschaft“ entwickelt, um widersprüchlich wirkenden Herausforderung der Zeit zusammenzuführen. Das war großartig. Damit ist es jedoch vorbei. Klima- und Naturschutz gilt heute als Ärgernis. Vor allem in Zeiten vieler anderer Krisen. Also weg damit.

Es kommt zu Rückschritten. Wie man auf Bundesebene neuerdings versucht, Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr so lange wie möglich zu erhalten, so will man hierzulande zum Beispiel außerhalb bebauter Gebiete größere Parkplätze als bisher genehmigungsfrei stellen. Als wäre es bei jedem Quadratmeter Fläche nicht auch wichtig, darauf zu achten, wofür er im Hinblick auf Hitzebildung oder die Versickerungs- und Speichermöglichkeit für Niederschläge eingesetzt wird. Gerade bei dieser Häufung von Extremereignissen.

JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.at

Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at – Analysen und Hintergründe zur Politik.

Erhöhte Waldbrandgefahr in Vorarlberg

Das Land richtet zwei Waldbrand-Stützpunkte in Bürs/Bings-Stallehr und Bezau ein.

BLUDENZ Wegen anhaltend trockener und heißer Witterung besteht in Vorarlberg derzeit erhöhte Waldbrandgefahr. Das Land ruft die Bevölkerung zu besonderer Vorsicht auf. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft weist im Rahmen der Kampagne „Waldbrand – Wahrnehmen, Vermeiden, Bekämpfen“ darauf hin, dass ein Großteil der Waldbrände durch menschliches Verhalten verursacht wird. Die Bevölkerung wird gebeten, kein Feuer im Wald oder in Waldnähe zu entzünden und keine glimmenden Gegenstände wegzwerfen.

Aus dem Österreichischen Waldfonds flossen mehr als 700.000 Euro in die Waldbrandvorsorge in



Das Land Vorarlberg ruft angesichts der erhöhten Waldbrandgefahr zu besonderer Vorsicht im Wald auf.

LAND VORARLBERG/B.HOFMEISTER

Vorarlberg. Damit wurden zwei Waldbrandstützpunkte eingerichtet: Die Feuerwehren Bürs und Bings-Stallehr bilden den Stützpunkt Süd, die Feuerwehr Bezau den Stützpunkt Nord.

Je Stützpunkt wurden rund 360.000 Euro für Ausrüstung und Ausbildung bereitgestellt, den Hauptanteil von rund 83 Prozent

trug der Waldfonds. Gemeinsam mit der Fachhochschule Vorarlberg entstand zudem ein Monitoringsystem zur Einschätzung der Waldbrandgefahr, das sich im Pilotbetrieb befindet und an zehn Standorten Bodenfeuchte, Bodentemperatur sowie Luftdaten erfasst. Die Kosten beliefen sich auf rund 130.000 Euro.

KARIKATUR

WM-Verstärkungen in USA!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT